



Working Paper I des Projekts
Gesellschaft gemeinsam gestalten

Politische Erwachsenenbildung im Netz

**Herausforderungen und Gelingensbedingungen
der politischen Bildung mit Freiwilligen,
die sich online mit Geflüchteten engagieren**

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! und der Bundeszentrale für politische Bildung.



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Working Paper I des Projekts Gesellschaft gemeinsam gestalten

POLITISCHE ERWACHSENENBILDUNG IM NETZ

Herausforderungen und Gelingensbedingungen
der politischen Bildung mit Freiwilligen, die sich
online mit Geflüchteten engagieren



Das Projekt Gesellschaft gemeinsam gestalten unterstützt zivilgesellschaftlich Engagierte mit und ohne eigene Fluchterfahrung darin, ihre Vorstellungen einer demokratischen Kultur sowohl in der digitalen als auch in der analogen Welt weiter voranzutreiben. Dabei liegt der Fokus auf der Stärkung demokratischer Verfahren und zivilgesellschaftlicher Umgangsformen im Netz. Der Ausbau von Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation soll dort ebenso wie das gemeinsame zivilgesellschaftliche Engagement für eine gelingende Integration der Geflüchteten vorangebracht werden.

Die Freiwilligen, die sich für Demokratie sowie gegen Diskriminierung und Hass im Netz einsetzen, sollen durch die Bereitstellung von Forschungsergebnissen, Online- und Offline-Formaten politischer Bildung sowie maßgeschneiderte Online- und Offline-Lernmedien unterstützt werden. Außerdem werden auf einer Online-Plattform, dem Demokratiekontor, gemeinsam mit einem breiten Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteur*innen Strategien des Engagements gegen Hass und Diskriminierung entwickelt und im Engagement mit Geflüchteten erprobt.

Mehr Informationen unter
<https://minor-kontor.de/gesellschaft-gemeinsam-gestalten>.

»Gesellschaft gemeinsam gestalten – Partizipation von Geflüchteten und Unterstützer_innen im Netz stärken« ist ein Projekt von
Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH
Alt-Moabit 73
10555 Berlin
www.minor-kontor.de



Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! und der
Bundeszentrale für politische Bildung.

INHALT

Herausforderungen und Gelingensbedingungen der politischen Bildung mit Freiwilligen, die sich online mit Geflüchteten engagieren

Freiwilliges Engagement mit Geflüchteten in Deutschland	6
Online-Angebote im freiwilligen Engagement	7
Herausforderungen im Engagement mit Geflüchteten	8
Lücke in der politischen Bildung	9
Der pädagogische Ansatz des Demokratie-Kontors	10
Herausforderungen der politischen Bildungsarbeit im Netz	11
Fazit	13
Literatur	14



HERAUSFORDERUNGEN UND GELINGENSBEDINGUNGEN DER POLITISCHEN BILDUNG MIT FREIWILLIGEN, DIE SICH ONLINE MIT GEFLÜCHTETEN ENGAGIEREN

Im vorliegenden Working Paper möchten wir zunächst die Problemlagen und Herausforderungen, mit denen sich Freiwillige, die sich im Netz mit Geflüchteten engagieren, konfrontiert sehen, beschreiben. Ausgehend davon soll in einem zweiten Schritt aufgezeigt werden, warum die politische Erwachsenenbildung hinsichtlich der Nutzung von Online-Tools noch nicht das ganze Potenzial ausschöpft, das sich ihr in der digitalen Welt bietet. Mit Rückgriff auf die ersten Erfahrungen, die wir im Projekt Gesellschaft gemeinsam gestalten bei der Konzeption und Umsetzung einer Online-Plattform, die sich an Freiwillige in der Geflüchtetenarbeit richtet, machen konnten, wollen wir am Schluss des Working Papers einen Ansatz zum Erstellen innovativer und maßgeschneiderter Online-Tools vorstellen.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT MIT GEFLÜCHTETEN IN DEUTSCHLAND

Seit 2015 haben sich mehr als 20 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen in der Unterstützung geflüchteter Menschen engagiert (BMFSFJ 2017). Dieses Tätigkeitsfeld ist damit zu einem der aktivsten Felder freiwilligen Engagements in Deutschland avanciert (Freiwilligensurvey). Als die unter dem Schlagwort »Willkommenskultur« bekannt gewordene Bürger*innenbewegung (Schiffauer et al. 2017) mit der stark ansteigenden Zuwanderung im Sommer 2015 ihren Anfang nahm, war nicht abzusehen, ob die vielerorts entstehenden selbstorganisierten Strukturen sich nachhaltig aufstellen würden. Denn eine Besonderheit des freiwilligen Engagements mit geflüchteten Menschen war, dass der überwiegende Teil der Aktivitäten außerhalb der etablierten zivilgesellschaftlichen Strukturen verfolgt wurde (Karakayali & Kleist 2016).

Mittlerweile haben sich in vielen Initiativen, Nachbarschafts- und Freundeskreisen jedoch differenzierte Organisationsstrukturen herausgebildet. Viele selbstorganisierte Gruppen haben sich eine Rechtsform gegeben oder sind in lokale Netzwerke eingebunden und arbeiten eng mit hauptamtlichen und behördlichen Akteur*innen zusammen (Hamann et al. 2016). Auch wenn der große Run auf die neugegründeten zivilgesellschaftlichen Initiativen und Gruppen, die im Bereich Flucht und Asyl tätig sind, mittlerweile deutlich nachgelassen hat, kann festgestellt werden: Das freiwillige Engagement ist zu einem wichtigen Baustein in der Arbeit für die Integration der seit 2015 nach Deutschland gekommenen Geflüchteten und bereits länger hier lebenden Menschen geworden – und damit zu einem entscheidenden Faktor in der Bewältigung einer immensen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Denn das freiwillige Engagement füllt eine wichtige »Lücke« in der Arbeit für gesellschaftliche Integration und Akzeptanz von Vielfalt: Der persönliche Kontakt zu geflüchteten Menschen, das Schaffen von Räumen der Begegnung und ein Umgang mit Geflüchteten, der im Vergleich zu bspw. behördlichen Akteur*innen eher auf

Augenhöhe stattfindet, sind einige Eigenschaften, die das zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Feld auszeichnen (Han-Broich 2012). Dazu kommt, aufgrund der sozialen Nähe zu geflüchteten Menschen, eine hohe Flexibilität in der Reaktion auf deren spezifische Bedarfe und darauffolgend die Schaffung neuer Angebote. Dabei ist auch die Aushandlung zwischen den verschiedenen Motivationen, Vorstellungen und Interessen der Engagierten gemeinsam mit den Adressat*innen des Engagements stellenweise sehr aufwändig aber zentral für deren anhaltenden Erfolg.

So sind die Tätigkeitsfelder der Engagierten einem steten Wandel unterworfen. Standen anfangs Nothilfe und die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs, aber auch die Organisation von grundlegenden Freizeitangeboten für Bewohner*innen von Notunterkünften im Vordergrund, sind die Aufgaben mittlerweile vielseitiger geworden und dabei an den konkreten Bedarfen vor Ort ausgerichtet (Gesemann & Roth 2016). Von Beginn an spielten dabei auch Online-Angebote eine zentrale Rolle, die sich analog zur Ausdifferenzierung der Tätigkeitsfelder entwickelten. Auch in diesem Feld sind zahllose Angebote geschaffen worden – was nicht weiter verwundern sollte, da in vielen zivilgesellschaftlichen Unterstützungsformaten Online- und Offline-Arbeit eng miteinander verzahnt sind.

ONLINE-ANGEBOTE IM FREIWILLIGEN ENGAGEMENT

Als ab 2015 die Zahlen von Menschen, die sich freiwillig engagieren wollten quasi über Nacht explodierten, wurden von vielen Unterstützer*innenkreisen bspw. Online-Freiwilligenbörsen geschaffen, um die Hilfsangebote zu koordinieren und den Interessierten schnell und unkompliziert Aufgaben und Arbeitszeiten zuordnen zu können. Auch Bedarfslisten für bestimmte Güter wurden veröffentlicht, um den Zufluss an Sachspenden besser steuern zu können. Es entstanden auch Übersichtskarten, die Geflüchtete helfen sollten, sich an den für sie noch fremden Orten besser zurechtzufinden indem lokale Initiativen und deren Angebote transparent gemacht wurden. Als Nebenwirkung avancierten diese Karten auch für die Unterstützer*innen zu wichtigen Tools. Dort konnten Sie ihre Formate bewerben und sich einen Überblick über vor Ort stattfindende Aktionen verschaffen. Dadurch konnte zum beispielsweise die Dopplung von Angeboten vermieden und der Fokus auf tatsächlich notwendige Aktionen gelegt werden.

Mittlerweile hat sich auch hier das Angebot deutlich ausdifferenziert, parallel zu den sich immer stärker voneinander unterscheidenden Bedarfen geflüchteter Menschen. So existieren mittlerweile Wohnungs- und WG-Zimmer-Börsen sowie Kennenlern-Apps, aber auch Gruppen, die sich auf aufsuchende Beratung in den sozialen Medien spezialisiert haben, genauso wie zahlreiche Apps, die bspw. beim Deutsch lernen oder in bestimmten Behörden- oder Alltagssituationen helfen sollen. Auch für Tandems bzw. Patenschaften, die insbesondere zu Beginn des Engagements eine sehr wichtige Rolle einnahmen, kamen internetbasierte Tools zum Einsatz, indem bspw. das Matching von Tandempartner*innen auf Interessen und Vorlieben basierte, die über Online-Plattformen abgefragt wurden.

An diesen Beispielen wird bereits deutlich, dass die gedachte Grenze zwischen analoger und digitaler Welt in der zivilgesellschaftlichen Aktivität wie auch in der Lebensrealität der Engagierten sowie ihrer Adressat*innen nicht existiert. Meist werden Online- und Offline-Angebote kombiniert. Die Bedarfe, die im analogen Leben bestehen, sind im Netz ebenso vorhanden und können trotz räumlicher Distanz und ohne persönlichen Kontakt wenigstens oberflächlich bearbeitet oder delegiert werden. Dass ein bedeutender Teil des freiwilligen Engagements online stattfindet, war lange Zeit nicht im Blick übergeordneter Strukturen, die für die Gruppe der Freiwilligen wiederum Unterstützungs- und Vernetzungsangebote durchführten. Dabei bringt das Engagement im Netz auch besondere Herausforderungen mit sich.

HERAUSFORDERUNGEN IM ENGAGEMENT MIT GEFLÜCHTETEN

Im Umgang mit der Aufnahme geflüchteter Menschen in Deutschland und mit sich daraus ergebenden Fragen, wie die gesellschaftliche Integration gestaltet werden soll, treten politische Konfliktlinien an die Oberfläche, die die Polarisierung politischer Einstellungen in diesem Feld zeigen (Midem 2018). Viele Unterstützer*innengruppen haben sich, insbesondere in den neuen Bundesländern, in Reaktion auf rechtsextreme Mobilisierungen wie bspw. Nein-zum-Heim-Kampagnen oder lokale Ableger der rassistischen PEGIDA-Demonstrationen gegründet, um ein Kippen der Stimmung vor Ort zu verhindern (Hamann et al. 2016).

Seit 2015 haben zivilgesellschaftliche Akteur*innen einen rapiden Anstieg an Straftaten gegen Geflüchtete registriert, wobei von einer großen Dunkelziffer ausgegangen wird (Amadeu-Antonio-Stiftung 2016). Auch diejenigen, die sich online und/oder offline für eine gelingende Integration und die Durchsetzung menschenrechtlicher Standards einsetzen, gelangen dadurch in den Fokus rechter Aktionen, wie persönlichen Anfeindungen, Shitstorms bis hin zu Morddrohungen und physischer Gewalt. Häufig müssen sich Freiwillige, die mit Geflüchteten arbeiten, für ihre Tätigkeiten rechtfertigen oder sind selbst Opfer von Gewalt geworden bzw. befürchten dies für die Zukunft (BMFSFJ 2017). Dass die gesellschaftliche Polarisierung im Hinblick auf die Aufnahme von Geflüchteten auch auf die sie unterstützenden Freiwilligen durchschlägt, zeigen mehrere Studien (Beckmann et al. 2017).

In sozialen Netzwerken oder Foren spielen Hate Speech und Diskriminierungen eine zunehmend größere Rolle für den Alltag der Engagierten, was für die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten ein großes Problem darstellt. Akteur*innen treten häufig nur noch anonym auf, Foren und Gruppen in sozialen Netzwerken müssen geschlossen arbeiten, um geschützte Räume zu bieten. Im Zweifelsfall wird sogar ganz auf der Nutzung von Online-Angeboten abgesehen und dadurch auf das oben beschriebene Potenzial, das dieses Feld bietet, verzichtet. Dazu kommt, dass die positiven Erfahrungen, die Menschen in ihrem Engagement sammeln, durch die Konfrontation mit Hate Speech und Shitstorms kompromittiert werden und die Selbstwirksamkeitserfahrungen, die in lokalen Initiativen gemacht wurden, angesichts des überbordenden Ausmaßes von Rassismus und Menschenfeindlichkeit im Netz verloren gehen kann.

Diese Selbstwirksamkeitserfahrungen sind aber eine grundlegende Bedingung für die politische Partizipation und ein Grund dafür, dass das freiwillige Engagement, insbesondere in selbstorganisierten Strukturen, auch als »Demokratielabor« bezeichnet wird.

Es stehen also angesichts der negativen Erfahrungen, die Engagierte im Netz machen, nicht nur die konkreten Erfolge der Arbeit mit Geflüchteten auf dem Spiel, sondern möglicherweise auch die sich daraus ergebenden positiven Effekte für die gesellschaftliche Teilhabe und politische Beteiligung, die Nebenwirkungen des Engagements sein können. Außerdem untergraben rassistische Angriffe in ihrer Sichtbarkeit die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, das die Akzeptanz von Vielfalt und Andersartigkeit verfolgt und in dem unterschiedliche Lebensweisen respektiert werden.

Um die zivilgesellschaftlich Engagierten mit und ohne eigene Fluchterfahrung darin zu unterstützen, ihre Vorstellungen einer demokratischen Kultur in der digitalen und analogen Welt weiter voranzutreiben, hat Minor mit »Gesellschaft gemeinsam gestalten« ein Modellprojekt realisiert, das ihnen maßgeschneiderte Online- und Offline-Formate politischer Bildung bereitstellt. Damit soll die wertvolle Arbeit, die viele Projekte gegen Hass im Netz leisten, ergänzt und Akteur*innen der politischen Erwachsenenbildung ein Zugang aufgezeigt werden, wie Demokratiebildung im Netz, die sich an erprobten Offline-Konzepten orientiert, zivilgesellschaftlichen Mehrwert erbringen kann.

LÜCKE IN DER POLITISCHEN BILDUNG

Die Notwendigkeit solcher Angebote ergibt sich aus der spezifischen Situation, in der sich das freiwillige Engagement mit Geflüchteten derzeit befindet. Denn es existieren bisher kaum Formate politischer Bildung im Netz, die sich an diese Zielgruppe richten bzw. deren Verschränkung analoger und digitaler Formen des Engagements mit Geflüchteten aufgreifen. Stattdessen ist eine Vermittlungsproblematik zwischen analogen und digitalen Formaten zu beobachten, die an der Engagement- und natürlich auch Lebensrealität der Engagierten vorbeizugehen scheint. Denn die Grenze zwischen beiden Bereichen hat nicht nur im Engagement mit Geflüchteten deutlich an Trennschärfe eingebüßt. Insofern kann möglicherweise beim digitalen Bereich von einem Feld gesprochen werden, das von Akteur*innen politischer Bildung bisher noch vernachlässigt wird. Da es sich um eine Schnittstelle handelt, hat unserer Meinung nach die neuartige Kombination bereits erprobter Online- und Offline-Formate politischer Bildung das größte Potenzial, die Zielgruppe geeignet zu erreichen.

Es existieren zwar zahlreiche Angebote freier Träger, die sich bspw. mit dem Umgang mit Hate Speech auseinandersetzen und die ein Empowerment ihrer Adressat*innen zum Ziel haben. Allerdings wenden sich die meisten dieser Angebote an Jugendliche und auch inhaltlich bleiben (abseits des Fokus auf Hate Speech) Lücken. Im Fokus stehen lediglich konkrete Situationen, in denen Menschen online mit rassistischem oder anderweitig diskriminierendem Verhalten konfrontiert sind – die nachgelagerten

Folgen solcher Auseinandersetzungen (s. o.) geraten dabei jedoch aus dem Blick. Das ist vor allen Dingen dadurch bedingt, dass die Zielgruppe solcher Angebote unspezifisch ist, da sie sich an alle von Hate Speech betroffenen Personen wenden und bspw. nicht leisten können, auf die Bedarfe einer bestimmten Gruppe, wie den Freiwilligen, die sich online mit Geflüchteten engagieren, einzugehen. Häufig wird Hate Speech außerdem als reines Internetphänomen verhandelt und die gesellschaftlichen Ursachen weder in der Problemdefinition noch in den Handlungsempfehlungen bedacht.

Ein weiterer Bereich, in dem die politische Bildung im Netz recht breit aufgestellt ist, ist das e-Learning. Dieses zielt jedoch vor allen Dingen auf Wissensvermittlung ab. Potenziale für Lernerfahrungen, die sich aus der Verknüpfung der Inhalte mit der Lebensrealität der Adressat*innen generieren lassen würden, spielen dabei keine zentrale Rolle. Auch hier liegt der Schwerpunkt der meisten Angebote auf Jugendlichen. Das ist einerseits dadurch zu erklären, dass davon ausgegangen wird, Jugendliche seien im Netz leichter zu erreichen als Erwachsene. Auch wird eine größere Homogenität hinsichtlich der Lebenssituation und Interessen unterstellt, was die Konzeption von Formaten politischer Bildung erheblich vereinfacht. Jedoch sollten Akteur*innen politischer Bildung trotz konzeptioneller Schwierigkeiten die Zielgruppe der Erwachsenen nicht aus den Augen verlieren. Stattdessen liegt eine Lösung für die Schwierigkeiten, die mit der Entwicklung von Angeboten verbunden sind, darin, auf bestimmte Gruppen bspw. von freiwillig Engagierten zu fokussieren.

Eine weitere Problematik besteht darin, dass auch die Forschung zur digitalen politischen Erwachsenenbildung kaum mit der Entwicklung der Bedarfe in diesem Themenbereich Schritt halten kann. Es gibt kaum Wissen darüber, welche Angebote digitaler politischer Bildung von Erwachsenen genutzt werden (Transferstelle politische Bildung 2016). Desgleichen sind die wenigsten Formate nachvollziehbar wissenschaftlich evaluiert worden, sondern werden primär durch die Projekte selbst erprobt und ggf. evaluiert, was die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse beeinträchtigt. Inwieweit es hier empfehlenswerte übertragbare Ansätze bereits gibt, lässt sich überdies nur schwer herausfinden, da es an geeigneten Vernetzungs- und Austauschformaten mangelt. Diese Leerstelle auch im Austausch über Erfahrungen und Konzepte möchte das Projekt Gesellschaft gemeinsam gestalten zumindest bewusst machen. Diese Lücke kann durch ein einzelnes Modellprojekt auch nicht im Ansatz ausgefüllt werden. Wir wollen jedoch einige Ansatzpunkte für den Umgang mit »besonderen« Zielgruppen liefern und innovative Formate politischer Bildung entwickeln, die von anderen Akteur*innen politischer Bildung genutzt werden können, um den Werkzeugen, die ihnen in diesem Feld zur Verfügung stehen, einige hinzuzufügen.

DER PÄDAGOGISCHE ANSATZ DES DEMOKRATIE-KONTORS

Gesellschaft gemeinsam gestalten hat sich zum Ziel gesetzt, innovative Methoden und Tools zu entwickeln, die dazu dienen sollen, Freiwillige, die mit Geflüchteten arbeiten, online in ihrer Partizipation im Engagement und gegen Hate Speech zu unterstützen. Einen wichtigen Aspekt stellt die Reflexion der eigenen Haltungen, Motivationen und Aktionsformen dar. Ausgangspunkt war dabei die Beschäftigung

mit der Fähigkeit, Partizipation im Alltag des Engagements umzusetzen. Die Perspektive der politischen Bildungsarbeit ist insofern dem Demokratielernen entlehnt. Kernstück des Projektkonzepts ist das Demokratie-Kontor – eine Online-Plattform, auf der für die Zielgruppe verschiedene Ansätze und Lernwege angelegt sind, mit denen sowohl assoziative als auch wissensbasierte Zugänge zur Reflexion der eigenen Freiwilligenarbeit angeboten werden. Die entwickelten Tools und Methoden zeichnen sich durch folgende Eigenschaften aus:

- ▶ Eine enge Verzahnung der Bildungsmethoden mit sozialwissenschaftlichen Diskursen zu den Freiwilligen, die mit Geflüchteten arbeiten, mit neueren Erkenntnissen der Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement und mit politikwissenschaftlichen Konzepten von Partizipation bzw. gesellschaftlicher Teilhabe;
- ▶ Die Verknüpfung mit der Lebens- bzw. Engagementwelt der Zielgruppe, indem reale Herausforderungen und Fragen, die im Engagement auftreten können, thematisiert und eingeordnet werden;
- ▶ Exemplarisch-praktische Zugänge zu theoretischen Themenfeldern, um die Relevanz abstrakter Fragestellungen mittels einer problemorientierten Perspektive niedrigschwellig zu vermitteln;
- ▶ Die Aktualität der Themen, die zum einen durch die Analyse der wissenschaftlichen Diskurse und zum anderen durch den direkten Kontakt zur Zielgruppe bedingt ist;
- ▶ Die multi-perspektivische Gestaltung der Zugänge, indem sowohl auditive, visuelle und textbasierte Tools angeboten werden, um den Zugang zur Online-Plattform möglichst niedrigschwellig zu halten und die Reichweite des Projekts zu vergrößern und
- ▶ Die Interaktivität der Tools, durch die selbsttätiges Lernen explizit gefördert und die individuelle Aneignung der in den Tools thematisierten Inhalte ermöglicht wird. Gleichzeitig wird dadurch auch der Spaß am Lernen erhöht und die Verweil- bzw. Lerndauer auf der Plattform verlängert.

Unser Ziel ist es dabei, die eigenen Selbst- und Fremdbilder sowie die Selbstwahrnehmung des Engagements gemeinsam mit anderen Menschen, die sich mit Geflüchteten engagieren, zu reflektieren und daraus Prozesse anzustoßen, die zum einen für die Gruppe der Engagierten gemeinschaftsbildend wirken und zum anderen die gesellschaftliche Bedeutung des eigenen Engagements für mehr Demokratie sowie die Verankerung demokratischer Verhaltensweisen im Alltagsleben bewusst machen und hervorheben sollen, um so zu einer Selbstvergewisserung der Freiwilligen beizutragen.

HERAUSFORDERUNGEN DER POLITISCHEN BILDUNGSARBEIT IM NETZ

Die Konzeption einer Online-Plattform für Freiwillige, die mit Geflüchteten arbeiten, bringt einige Herausforderungen mit sich, die zum einen typisch für die politische Bildung im Netz sind, teilweise aber auch der Zielgruppe geschuldet sind. In erstere Kategorie fällt sicherlich die Problematik, die im Zusammenhang mit der Moderation von Foren und geschlossenen Diskursräumen steht. Die Einhaltung der Netiquette, die Moderation der Diskussionen, sowie das Sicherstellen von Privatsphäre und Vertraulichkeit stellen Herausforderungen dar. Anfangs noch als eine Art kollegiale Beratung Teil des Plattform-Konzepts, musste diese Idee recht bald verworfen werden,

weil klar wurde, dass der zeitliche Aufwand, den die Betreuung eines Austausch-Forums mit sich gebracht hätte, zu groß gewesen wäre. Stattdessen flossen andere Elemente der kollektiven Reflexion in die Entwicklung der Tools ein. Bspw. verfügen einzelne Tools über Auswertungsfunktionen, mittels derer man die eigene Auswahl mit denen anderer Nutzer*innen vergleichen kann.

Eine zweite Herausforderung, mit der die politische Bildung im Netz konfrontiert ist, ist das nachhaltige Generieren von Aufmerksamkeit für Online-Angebote. Zu häufig werden Plattformen und Websites nur spärlich genutzt und haben nur eine geringe »Halbwertszeit«. Viele Portale werden nach Projektende eingestellt und es findet kein nachhaltiger Transfer der Ergebnisse statt. Diese Problematik stellt sich insbesondere dann, wenn man für eine definierte Zielgruppe – die Freiwilligen in der Geflüchtetenarbeit – arbeitet, die überdies noch schwer zu erreichen ist, weil eins ihrer Merkmale die Aktivität außerhalb etablierter zivilgesellschaftlicher Strukturen ist. Im Modellprojekt wurde diese Herausforderung durch zwei Handlungsfelder aufgefangen. Zum einen sucht das Projekt den Anschluss an Multiplikator*innen im Feld und bestehende Netzwerke¹ und spricht gezielt und regelmäßig Expert*innen an, um die zielgenaue Diffusion der Projektergebnisse zu befördern. Zum anderen hat sich das Projekt in den sozialen Medien ein breites Netzwerk aufgebaut, das in kleinen Abständen mit Beiträgen und Arbeitsprodukten bespielt und ständig ausgebaut wird. Dadurch konnten bereits wenige Monate nach Launch der Online-Plattform mit einzelnen Posts über 20.000 Menschen erreicht werden. Das Projekt verfolgt also einen Doppelansatz: relevante Akteur*innen und Multiplikator*innen werden gezielt kontaktiert, während über soziale Medien eine Breitenwirkung erzielt werden kann, um bisher nicht erreichte Personen auf die Plattform hinzuweisen.

Die größte Herausforderung, mit der sich politische Bildung im Netz konfrontiert sieht, ist die Versuchung, sich von den Möglichkeiten der Technik leiten zu lassen. Es liegt besonders für Akteur*innen der politischen Bildung nahe, die nur wenig Erfahrung in der Online-Bildungsarbeit haben, die scheinbare Erweiterung des Möglichkeitsraums der Entwicklung von Bildungsmethoden, die das Netz bietet möglichst ausnutzen zu wollen. Problematisch wird das dann, wenn der Fixierung auf die grafische Gestaltung die sinnvolle und durchdachte Konzeption von Methoden zum Opfer fällt. Die Verknüpfung analoger und digitaler Formate politische Bildung ist ein iterativer Lernprozess. Dabei muss das methodisch Sinnhafte jedoch immer an erster und die technische und grafische Ausgestaltung an zweiter Stelle stehen: form follows function.

¹ Aufgrund von Vorläuferprojekten des Projektträgers bestehen bereits zu zahlreichen Akteur*innen in diesem Feld enge Kontakte, auf die das Modellprojekt aufbauen konnte.

Im Modellprojekt wurde dieser Herausforderung durch die konsequente Anwendung eines Fünf-Schritts bei der Entwicklung von Online-Methoden begegnet. Zunächst wurde, erstens, jedes Tool in den Kontext eines der drei thematisch gegliederten Module gestellt (Kontextbezug). Anschließend wurde, zweitens, das Lernziel formuliert, das Ergebnis des Tools sein sollte (Lernzielorientierung). In einem nächsten Schritt wurden, drittens, geeignete Inhalte (Praxisbeispiele, Themen des Engagements u. ä.) ausgewählt, mit denen das Lernziel zu vermitteln sei (Inhaltsdefinition). Abschließend wurde dann, viertens, eine geeignete Methode zur Vermittlung der Lernziele unter Nutzung der Inhalte ausgewählt und, fünftens, ein geeignetes technisches Tool zur Umsetzung auf der Plattform entwickelt. Hierzu konnte teilweise auch auf bestehende Inhalte zurückgegriffen werden. Die strikte Orientierung an einem solchen Schema stellt sicher, dass bei der Entwicklung innovativer Methoden der politischen Bildung im Netz, die Prinzipien guter Bildungsarbeit nicht hinter den Möglichkeiten der technischen Gestaltung zurückstehen.

FAZIT

Die politische Bildung im Netz bietet ein großes Potenzial, das bei weitem noch nicht vollständig erschlossen ist. Dass in der Lebenswelt der Zielgruppen politischer Bildung die Grenzen zwischen analoger und digitaler Welt sich auflösen, kann und sollten Akteur*innen politischer Bildung zu ihrem Vorteil nutzen – indem sie innovative Tools und Methoden entwickeln, die an der Schnittstelle zwischen Online- und Offline-Welt angesiedelt sind. Gleichzeitig bringt die Arbeit im Netz auch ernstzunehmende Herausforderungen mit sich. Das gilt zunächst für die Zielgruppen der Bildungsarbeit. Am Beispiel des freiwilligen Engagements mit Geflüchteten wird diese ambivalente Entwicklung deutlich. Einerseits profitieren die Freiwilligen von den Möglichkeiten, die ihnen die Tätigkeit im Netz bietet. Andererseits sind sie von den negativen Auswirkungen, wie Hate Speech und anderen Formen digitaler Diskriminierungen und Ausschlüsse, ebenso betroffen.

Dieser Lebensrealität sollte die politische Bildung Rechnung tragen, indem innovative und maßgeschneiderte Konzepte für Zielgruppen entwickelt und erprobt werden, die an dieser Schnittstelle angesiedelt sind. Im Feld der Erwachsenenbildung klafft in dieser Hinsicht jedoch noch eine breite Lücke. Mit dem Modellprojekt Gesellschaft gemeinsam gestalten hat Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung ein Projekt aufgelegt, in dem ebensolche Tools und Methoden entstehen und in eine Online-Plattform – das Demokratie-Kontor – eingebettet werden. Den sich daraus ergebenden Herausforderungen konnte das Projekt begegnen, indem, erstens, sich auf realisierbare Formate fokussiert wurde, zweitens, für die Online-Plattform über gezielte Ansprache sowie Verbreitung in den sozialen Medien Aufmerksamkeit generiert werden konnte und drittens, eine konsequente Priorisierung inhaltlicher über technisch-grafische Aspekte der Methodenentwicklung in der Projektarbeit verankert wurde.

LITERATUR

- Amadeu Antonio Stiftung (Hg.)** (2016). Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien: Handlungsempfehlungen. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Beckmann, F.; Hoose, F.; Schönauer, A.-L.** (2017). Soziales Engagement in der Flüchtlingshilfe: Ankommen im Unbehagen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30 (3), S. 24–34.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.)** (2017). Engagement in der Flüchtlingshilfe: Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach.
- Gesemann, F.; Roth, R.** (2016). Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik: Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Berlin: DESI – Institut für demokratische Entwicklung und soziale Innovation.
- Hamann, U.; Karakayali, S.; Wallis, M.; Höfler, L. J.** (2016). Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen: Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Han Broich, M.** (2012). Ehrenamt und Integration: Die Bedeutung sozialen Engagements in der (Flüchtlings-)Sozialarbeit. Wiesbaden: Springer VS.
- Karakayali, S. & Kleist, J. O.** (2016). EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).
- Schiffauer, W.; Eilert, A.; Rudloff, M.** (Hg.) (2017). So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: transcript Verlag.
- Transferstelle politische Bildung (Hg.)** (2016). Politische Bildung und Neue Medien: Bericht der Transferstelle politische Bildung zum Jahresthema 2015. Essen: Transferstelle politische Bildung.
- Vorländer, H. (Hg.)** (2018). Migration und Populismus: MIDEM Jahresbericht 2018. Dresden: Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM).

